

Ecuador wird vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission wegen seiner Einmischung im Fall Chevron angeklagt.

Am Montag, den 20. März 2023, haben sich die Betroffenen der Ölförderung durch Chevron-Texaco) im ecuadorianischen Amazonien sich an die Interamerikanische Menschenrechtskommission gewendet. Sie zeigen die Regierung Ecuadors an, die Vollstreckung des Urteils zu behindern und zu gefährden sowie die Reinigung der Gebiete, die durch die Öloperationen von Chevron in den Provinzen Orellana und Sucumbíos verseucht wurden.

Lago Agrio, 23. März 2023 – Seit Beginn des Prozesses gegen Chevron sind mehr als 30 Jahre vergangen, und 11 Jahre seit dem Urteils zugunsten der indigenen Bevölkerung und der Siedler in den Provinzen Orellana und Sucumbíos. Trotz vier Urteile, die Chevron für die Schäden als schuldig befunden haben, hat der Konzern jedoch noch immer keine Reparationszahlung an die Betroffenen für dieses Verbrechen geleistet. Die Betroffenen machen die ecuadorianische Regierung dafür verantwortlich, dass sie sich in diese Privatklage eingemischt hat, um die Vollstreckung des Urteils zu verhindern. Sie verweisen dabei auf drei Punkte.

Erstens hat der ehemalige Generalstaatsanwalt von Ecuador, Iñigo Salvador, mittels Diplomatenpost eine Nachricht an die Gerichte von Kanada und Argentinien geschickt, wo die Vollstreckungsverfahren des Urteils gegen Chevron anhängig waren. So wurde infolge der Einmischung des Generalstaatsanwalts die Verfahren eingestellt. In Kanada war dieses Verfahren besonders folgenreich, da eine endgültige Entscheidung des Obersten Gerichtshofs anstand, die eine vollständige Vollstreckung des Urteils ermöglichen hätte können. Darüber hinaus gab der ehemalige Generalstaatsanwalt eine Reihe von öffentlichen Erklärungen ab, in denen er die Interessen von Chevron und nicht die des ecuadorianischen Staates zu verteidigen schien.

Zweitens hat die ecuadorianische Regierung eine Verfolgungskampagne gegen die ecuadorianische Bevölkerung im Amazonas mit der klaren Absicht gestartet, den Ölkonzern zu begünstigen. Mitte 2021 leitete die Generalstaatsanwältin Diana Salazar, auf ausdrücklichen Wunsch des ehemaligen Staatsanwalts Iñigo Salvador, Ermittlungen gegen die Bewohner des Amazonasgebiets wegen eines angeblichen Bestechungsdelikts ein. Die Untersuchung sollte beweisen, dass der Richter der ersten Instanz, Nicolás Zambrano, ein Urteil zugunsten der Amazonasbewohner gefällt hat, da ihm dafür Geld angeboten wurde.

Drittens ist die ecuadorianische Regierung seit 2017 ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen, vor dem Schiedsgericht und der niederländischen Justiz eine wirksame technische Verteidigung auf der Grundlage der Souveränität und der Institutionalität des Staates vorzunehmen. Die Handlungen der Verteidigung der Regierung zeugen von Nachlässigkeit und sogar Fahrlässigkeit.

Im Jahr 2018 hat der ecuadorianische Staat eine Klage zur Aufhebung des Schiedsspruchs eingereicht, den Chevron am 30. August desselben Jahres erhalten hatte. Obwohl die niederländischen Gerichte noch nicht endgültig über die von der Staatsanwaltschaft eingereichte Nichtigkeitsklage entschieden haben, setzt die ecuadorianische Regierung den

Schiedsspruch jedoch bereits um, als ob er in Kraft getreten wäre. Gerade mit dieser Durchführung hat die ecuadorianische Regierung absichtlich die Betreibungsmaßnahmen der Kläger in ausländischen Gerichtsbarkeiten behindert und sich in den Prozess der Bewohner aus dem Amazonas eingemischt, obwohl der Staat keine Partei in diesem Verfahren ist.

Diese Maßnahmen zeigen deutlich, dass der Staat im Einvernehmen mit Chevron handelt und dass für die Regierung Ecuadors die Einhaltung eines Schiedsspruchs, um die Chevron-Aktionäre zu befriedigen, wichtiger ist, als die Rechte ihrer Bürger zu verteidigen. Das Eingreifen der ecuadorianischen Regierung mit der Absicht, die Gemeinden an der Durchsetzung eines von der eigenen Justiz erlassenen Urteils zu hindern, steht im klaren Widerspruch zu den nationalen und internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Ecuadors.

Pablo Fajardo, Anwalt der Kläger im Fall Aguinda gegen Chevron, erklärte, es sei bedauerlich, dass sich die Regierung Ecuadors mit der Generalstaatsanwaltschaft in den Dienst des transnationalen Konzerns stelle und versuche, ein vollstreckbares Urteil der ecuadorianischen Justiz zu ignorieren. Das Urteil zugunsten der Menschen und der Natur basiert auf Rechtsinstrumenten zur Einhaltung der Menschenrechte. Der Schiedsspruch zugunsten von Chevron gegen Ecuador stützt sich hingegen auf ein Bilaterales Investitionsschutzabkommen. Dieser Fall spiegelt den schwerwiegenden Widerspruch mit dem System des wirtschaftlichen Rechtsschutzes für transnationale Konzerne wider, die auf die Komplizität vieler Regierungen zählen, die sich gegen ihre eigene Bevölkerung wenden, wie hier im Falle Ecuadors. Dieses System steht im Gegensatz zum Menschenrechtssystem, das die arme Bevölkerung Lateinamerikas schützt. Es handelt sich im Grunde um einen Missbrauch der Rechte transnationaler Konzerne, die die Regierungen kleiner Länder auf der ganzen Welt unterdrücken. Daher stellt dieser Fall nicht nur ein Problem für Ecuador dar, sondern für die ganze Menschheit, sagte Fajardo. Nirgendwo auf der Welt kann Geld mehr wert sein als das Leben tausender Bauern und indigener Völker.

Donald Moncayo, Koordinator der UDAPT (Vereinigung der Betroffenen der Ölförderung von Texaco (jetzt Chevron), warnte vor der Einmischung des ehemaligen Generalstaatsanwalts Iñigo Salvador. Er wies darauf hin, dass seine Handlungen den ecuadorianischen Staat dazu brachten, sich in einen privaten Rechtsstreit einzumischen. "Es kommt einem Verrat gleich, wenn unser Staatsanwalt die Vollstreckung eines Urteils zugunsten der Bürger Ecuadors behindert, das von allen Justizorganen Ecuadors, einschließlich des Nationalen Gerichtshofs und des Verfassungsgerichts, geprüft und ratifiziert wurde."

Das Vorgehen des Staatsanwalts, so Lidia Aguinda, eine der KlägerInnen, werde schwerwiegende Folgen für den ecuadorianischen Staat haben, da er die Rechte der Ecuadorianer, die er eigentlich schützen sollte, entgegen seinem verfassungsmäßigen Auftrag verletze. Sie betonte, dass sein Vorgehen einen klaren Verstoß gegen die richterliche Unabhängigkeit darstellt und die Souveränität Ecuadors zugunsten von Chevron beeinträchtigt. Unter Verweis auf den nationalen Staatshaushalt, in dem 2 Milliarden Dollar für die Bezahlung an Chevron vorgesehen sind, fügte sie hinzu: "Es scheint, dass die Regierung Ecuadors mehr damit beschäftigt ist, die Forderungen von Chevron zu erfüllen als die Bedürfnisse der ecuadorianischen Bevölkerung".

Elias Piaguaje, Präsident der Siekopai-Nationalität, sagte seinerseits, dass sie seit 30 Jahren für Gerechtigkeit und Wiedergutmachung kämpfen. "Wir sind mit diesem Kampf alt geworden, aber wir werden weiterkämpfen, bis unser Land in Amazonien wiederhergestellt



ist. Wir können unseren zukünftigen Generationen nicht ein Erbe von Tod und Zerstörung hinterlassen."

Die Führung der UDAPT ruft die Völker in Lateinamerika auf, sich in Fällen wie diesen zu vereinigen und zu wehren. "Wir können nicht zulassen, dass unsere Regierungen transnationalen Konzernen Rechtssicherheit geben und das gesamte System zum Schutz der Menschenrechte und der Natur untergraben, wenn wir von Konzernen angegriffen werden. Desgleichen fordern wir die Regierung Ecuadors auf, das Urteil des Verfassungsgerichts Ecuadors zu respektieren und nicht zugunsten von Chevron zu intervenieren. Vorerst vertrauen wir darauf, dass das Interamerikanische Menschenrechtssystem uns vor einer unzulässigen Einmischung der ecuadorianischen Regierung schützt und sie anweist, die verletzten Rechte wiederherzustellen sowie künftige Interventionen zu verhindern, die die Rechte der Bewohner von Amazonien verletzen".

Kontakt:

Donald Moncayo +593 99 397 7808

Pablo Fajardo +593 99 397 7811

UDAPT (Vereinigung der Betroffenen der Erdölförderung durch Chevron-Texaco)

**NUEVA LOJA: Av. Venezuela y Progreso. Teléfono: (593) 6 2830405
Quito, Av. 6 de diciembre y Hermanos Pazmiño, edificio Parlamento, oficina 408.
Email: udapt1993@gmail.com**

**NUEVA LOJA: Av. Venezuela y Progreso. Teléfono: (593) 6 2830405
Quito, Av. 6 de diciembre y Hermanos Pazmiño, edificio Parlamento, oficina 408.
Email: udapt1993@gmail.com WEB: www.texacotoxico.net
Facebook: @udapt. oficial Twitter: @udapt_oficial**